Frieden in Israel/Palästina: eine Fata Morgana

von Ludwig Watzal, Journalist und Redakteur in Bonn

In Israel und Palästina wird es nur dann Frieden im israelisch-amerikanischen Sinne geben, wenn die Palästinenser vor dem zionistischen Anspruch auf ganz „Eretz Israel“ (Land Israel) kapitulieren und sich mit einem Dasein in palästinensischen Bantustans oder Homelands abfinden werden, die von Israel überwacht und kontrolliert werden. Das Gerede über „Friedensprozess“ und all die anderen schönen Dinge wie eine mögliche Wahl zwischen einer Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung ist politische Augenwischerei für die westliche Öffentlichkeit, und diese Ideen werden die politischen Analysten und Journalisten noch auf Jahrzehnte hinaus beschäftigen.

Dieser Propaganda-Ball wird solange gespielt, bis der israelische Landhunger befriedigt sein wird, und dies ist dann erreicht, wenn es kein Palästina mehr gibt. Der Westen sollte sich deshalb noch auf einige Jahrzehnte, wenn nicht sogar auf ein weiteres Jahrhundert einrichten, bis es zu einer „Lösung“ des Nahostkonfliktes kommen wird. Mögen diese Thesen auf den ersten Blick zu pessimistisch oder zu radikal erscheinen, so sind sie doch nur Ausdruck eines politischen Realismus, der auf der Analyse dieses seit über einhundert Jahren schwelenden Konflikts beruhen. Am Ende dieses Jahrhunderts wird Palästina nicht mehr existieren, und die Ein-Staaten-Lösung wird Realität sein: Israel vom Meer bis zum Jordan.

Die augenblickliche rechtsnationalistische Regierung setzt sich nur aus Aschkenasim zusammen, das heißt, Juden europäisch-amerikanischer Abstammung. Israels Bevölkerung besteht aber zu über 50 Prozent aus orientalischen Juden, das heißt, Juden aus der arabischen Welt und den palästinensischen Israelis, deren Vorfahren ebenfalls jüdischer Abstammung sind. Folglich beherrscht in Israel eine westlich-sozialisierte Minderheit über eine jüdisch-arabische Mehrheit.

Historische Entwicklung

Die Entstehungsgeschichte Israels hat weder etwas mit den biblischen Legenden vom „auserwählten Volk“ noch mit den Versprechen Gottes an Abraham zu tun; dieses sind religiöse Legenden, wissenschaftlicher Rationalität nicht zugänglich und bloße Glaubenspostulate. Ein politisches und expansionistisches Programm, das Israel daraus ableitet, darf vom Westen nicht länger akzeptiert werden. Auch wurde Israel nicht gegründet, weil die Nazi-Barbarei ein kolossales Menschheitsverbrechen am europäischen Judentum begangen hat. Viel wichtiger war jedoch die Diplomatie der zionistischen Bewegung, die sich auf dem Ersten Zionistischen Kongress 1897 in Basel eine politische Organisationsform und ein Programm gegeben hat. Der zionistischen Diplomatie ist primär die Staatsgründung Israels zu verdanken.

Das „Expropriationswerk“ der palästinensischen Araber, wie es einst der Gründungsvater des Zionismus, Theodor Herzl, genannt hat, läuft nicht im Geheimen, sondern vor den Augen der Weltöffentlichkeit ab. Jeder sieht es, aber niemand protestiert dagegen, obgleich dieser Vorgang nichts mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Völkerrecht zu tun hat. Der Westen, der immer wieder die gemeinsame Wertebasis zwischen ihm und Israel betont, sollte einmal hinter die Kulissen der „israelischen Demokratie“ schauen. Sollten es tatsächlich die gemeinsamen Werte sein, welche die westlichen Demokratien mit der selbstdefinierten „einzigen Demokratie des Nahen Ostens“ verbinden, müsste dann der Westen nicht seine Werte überdenken oder gegebenenfalls revidieren?

Die israelische politische Elite, aber auch ihre Vertreter im Westen meinen, Israel sei ein „jüdischer und demokratischer“ Staat. Dass dies ein Widerspruch in sich ist, scheint jedem Denkenden einzuleuchten. Ein auf partikularen Werten beruhender Staat kann kein demokratischer sein oder bestenfalls nur für diejenigen, die diese partikularen Werte teilen. Tatsächlich ist Israel eine „Ethnokratie“, wie Oren Yiftachel, Professor an der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva, das Land bezeichnet; bestenfalls ist Israel eine „jüdische Demokratie“. Für alle nichtjüdischen Staatsbürger gelten nicht die gleichen Rechte, bzw. sie können sie nicht in Anspruch nehmen, weil sie keine Juden sind. Hinzu kommt, dass Israel seit 46 Jahren ein brutales Besatzungs- und Unterdrückungssystem über das palästinensische Volk aufrechterhält, das ihnen ihr Land unter fadenscheinigen Rechtskonstruktionen unter den Füßen wegzieht; die allen westlichen Werten Hohn sprechen. In den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten herrscht Besatzungsrecht, aber die in den besetzten Gebieten lebenden jüdischen Kolonisatoren unterliegen israelischem Recht, obgleich ihr Dasein wider das Völkerrecht ist.

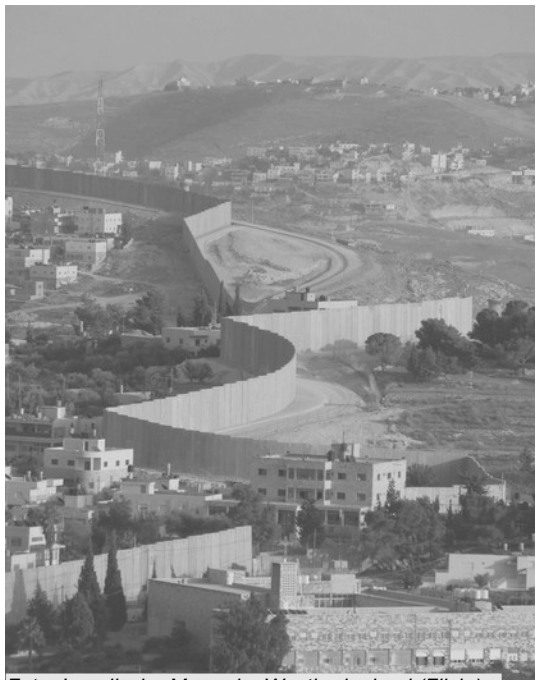

Foto: Israelische Mauer im Westjordanland (Flickr)

Die israelische Regierungspolitik

Das israelische Volk hat bei den letzten Wahlen für Parteien gestimmt, welche die extremste nationalistischste Regierung gebildet haben, die das Land jemals hatte. Diese Regierung mag zwar theoretisch friedensfähig sein, friedenswillig ist sie jedoch nicht, weil sie machtpolitisch in einer starken Position ist. Wie der jüngste Besuch des US-Präsidenten Obama gezeigt hat, werden die USA in seiner Präsidentschaft von Israel keinerlei Konzessionen gegenüber den Palästinensern

verlangen. Selbst wenn es US-Außenminister John Kerry gelingen sollte, beide Parteien wieder zu „Friedensverhandlungen“ bewegen zu können, wird daraus nicht mehr heraus kommen als ein Fototermin.

Das Paradoxe dieses seit 20 Jahren andauernden „Friedensprozesses“ liegt darin, dass die Kolonisierung Palästinas verstärkt fortgeschritten ist. Gab es beim Abschluss der Osloer-Abkommen 1993 100 000 Kolonisatoren in der Westbank und die gleiche Anzahl im besetzten Ost-Jerusalem, so sind es heute über 500 000. Die Westbank wurde von einem Straßensystem durchzogen, auf dem auf einigen Straßen „nur“ jüdische Israelis fahren dürfen. Vor einigen Wochen wurden separate Busse „nur“ für Palästinenser eingeführt. Die Verletzung der Menschenrechte und die Missachtung des Völkerrechts seitens Israels gehen unvermindert weiter. Selbst die offene Aggression gegenüber Syrien wird von der internationalen Staatengemeinschaft nicht sanktioniert.

Gegenüber dem Assad-Regime verhält sich die israelische Regierung rhetorisch ambivalent, obgleich man gegen einen Sturz Assads nichts einzuwenden hätte, wie einige israelische Analysten betonen. Bis zum Ausbruch des vom Westen, Saudi-Arabien und Katar initiierten Aufstandes kam Israel mit dem Assad-Klan gut aus. Die Grenze auf dem von Israel besetzten und annektierten Golan-Höhen gehörte zu den ruhigsten im ganzen Nahen Osten. Sollte Assad stürzen, dürfte dies auch Auswirkungen auf Israel haben, wenn sich in Syrien ein religiös-fundamentalistisches Regime etablieren sollte. Im israelischen nationalen Interesse läge ein Fortbestand des Assad-Regimes.

Israel und Iran

Israel und die USA unterhielten beste Beziehungen zu Iran, solange der Schah dort regierte. Erst nach der Islamischen Revolution in Iran kam es zu einer dramatischen Verschlechterung der Beziehungen. Diese haben sich zugespitzt, weil Iran auf seinem Recht besteht, eine eigene Nuklearindustrie aufzubauen. Der Westen, angeführt durch die USA, versucht seit Jahren, Iran von seinem Nuklearkurs abzubringen. Obgleich die iranische Regierung immer wieder betont hat, dass das Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken dient, hat der Westen über Iran ein mörderisches Sanktionsregime verhängt. Israel. die pro-zionistische „Israellobby“ und weite Teile des US-Kongresses in den USA gehören zu den Scharfmachern. Sie verlangen, sollten Iran nicht zur Aufgabe seines Nuklearprogrammes bereit sein, das Land anzugreifen und die Anlagen zu zerstören. Der aggressivste in dieser Riege ist der israelische Ministerpräsident Netanyahu. Er und der damalige Verteidigungsminister Ehud Barak wurden von den ehemaligen Geheimdienstchefs politisch ausgebremst, weil sie bereit gewesen wären, einseitig Iran anzugreifen. Führende Politiker Israels haben immer wieder betont, dass Iran keine „existentielle Gefahr“ für Israel darstelle.

Um das militärische Bedrohungspotenzial aufrechtzuerhalten, haben die USA ihre bunkerbrechenden Bomben weiterentwickelt. Damit wollte man Israel zeigen, dass es die USA ernst meinen, da Israel allein nicht in der Lage wäre, die Atomanlagen in Iran zu zerstören.

Im Gegensatz zu allen Geostrategen hat Professor Kenneth Waltz in einem Artikel in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ argumentiert, dass Iran die Atombombe bekommen sollte, um das Gleichgewicht in Region wiederherzustellen, das durch Israels Atombomben gestört sei. Die Hegemonie Israel über den Nahen und Mittleren Osten sei nicht länger hinzunehmen.

Um einen dauerhaften Frieden in Israel und Palästina zu erreichen, bedarf es eines massiven Drucks seitens der USA und ihrer Verbündeten auf die israelische Regierung. Da dies aber nicht zu erwarten ist, stehen die Zeichen eher auf Krieg als auf Frieden.

Weitere Infos: www.watzal.com

Krieg durch die Hintertür

Senat verpflichtet USA zur Unterstützung eines israelischen Überfalls auf Iran

Der US-Senat hat die israelische Regierung einstimmig ermächtigt, die Vereinigten Staaten in einen Krieg gegen den Iran zu führen. Die in der Geschichte des Landes – und vermutlich sogar in den gesamten internationalen Beziehungen – einmalige Resolution wurde [am 22. Mai 2013] mit 99 zu null Stimmen verabschiedet. [...]

Die Entschließung, offiziell als »Res. 65 - 113th Congress« registriert, verbirgt sich hinter einem täuschenden Titel. Dieser lautet: »Entschiedene Unterstützung für die volle Anwendung der Sanktionen der USA und der internationalen Gemeinschaft und Aufforderung an den Präsidenten, die Durchsetzung der Sanktionsgesetzgebung zu verstärken«. Darum geht es in der Resolution tatsächlich auch, aber der wichtigste Punkt kommt ganz zuletzt: Der Senat »verlangt, dass, falls Israel gezwungen ist, in legitimer Selbstverteidigung zu militärischen Aktionen gegen das iranische Atomwaffenprogramm zu greifen, die Regierung der USA an die Seite Israels stehen muss und der Regierung Israels [...] militärische und wirtschaftliche Unterstützung bei der Verteidigung seines Territoriums, seiner Bevölkerung und seiner Existenz leisten muss.«

Im letzten Satz der Entschließung heißt es zwar: »Nichts in dieser Resolution darf als Autorisierung zur Anwendung von Gewalt oder als Kriegserklärung ausgelegt werden.« Aber das ist nur ein Routinevorbehalt geübter Kongressjuristen, der in diesem Fall ohne praktische Bedeutung ist. Beide Häuser des amerikanischen Kongresses haben, vielleicht mit Ausnahme des Suez-Kriegs im Jahre 1956, mit großer Mehrheit jede militärische Handlung Israels als »gerechte Selbstverteidigung« unterstützt. Und die Vorstellung, dass die US-Regierung einen Überfall Israels auf den Iran nicht als »gerechte Selbstverteidigung« einstufen könnte, ist ebenso absurd wie unrealistisch. Wahr an dem Standardvorbehalt ist lediglich, dass es nicht der Präsident der USA ist, der durch diese Resolution zur Auslösung eines Krieges mit wahrscheinlich weitreichenden regionalen Folgen autorisiert wird, sondern der Ministerpräsident Israels und sein engeres Kabinett. […]

Quelle: junge Welt, 28.05.2013